



Sein Erbe, unser Vermächtnis – Zum Gedenken an Egon Bahr



1922 – 2015

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH trauern um ihren langjährigen Direktor Egon Bahr, der in der Nacht zum 20. August 2015 in Berlin plötzlich verstorben ist.

Das IFSH hat einen langjährigen Berater, Förderer, Direktor und Leitstern seiner Arbeit verloren.

Egon Bahr hat sich in den 1960er und 1970er Jahren historische Verdienste als Architekt einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik erworben. Damit wurde ein Fundament für das Ende des Kalten Krieges gelegt. In den 1980er Jahren fügte er mit seinem Beitrag zum Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ einen wichtigen Baustein für ein gemeinsames Haus Europa hinzu.

1984, als der Kalte Krieg in eine neue heiße Phase zu driften drohte, wurde Egon Bahr Direktor des IFSH. Egon Bahr sah in der Ausarbeitung der Idee der Gemeinsamen Sicherheit mit Experten des IFSH die Chance, eine neue gedankliche Grundlage für nachhaltige Entspannung als Alternative zur Aufrüstung auf der Basis alten Denkens zu schaffen. Entscheidend für den Erfolg wurde die Aufnahme der Ideen in der damaligen Sowjetunion unter Michael Gorbatschow. Egon Bahr trug aktiv zum Wandel bei, durch seine persönlichen Kontakte aber auch durch Gesprächskreise und Veranstaltungen des IFSH.

1994 gab Egon Bahr das Amt des Direktors ab. Der Kalte Krieg war ein historisches Relikt, aber der Frieden in Europa nicht dauerhaft gesichert. Unter seiner Beratung als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats setzte das IFSH die Arbeit an einer Friedensordnung für Europa fort, die unter anderem in der Gründung des erfolgreichen Zentrums für OSZE-Forschung am IFSH mündete. Auch für einen anderen Schwerpunkt der Arbeit des IFSH, die Rüstungskontrolle, blieb Egon Bahr bis in die jüngste Zeit ein wichtiger Berater. So veröffentlichte er gemeinsam mit IFSH-Experten Artikel zur Unterstützung von „Global Zero“, der Abschaffung aller Atomwaffen.

Als Realist mit dem Ziel einer friedlichen Welt mahnte er, nicht machtvergessen aber auch nicht machtveressen zu sein, den Dialog zu suchen ohne blind für Interessen zu sein. Für die wissenschaftliche Arbeit des IFSH werden Ziel und Mahnungen auch in der Zukunft prägend bleiben.

Egon Bahr leitete das IFSH von 1984 bis 1994. Als erfahrener Politiker, enger Weggefährte von Bundeskanzler Willy Brandt und europäisch gesonnener Ostpolitiker war er bereits eine Person der Zeitgeschichte als er nach Hamburg kam. In den folgenden Jahren machten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts unter seiner Regie daran, das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ zu konkretisieren, auszubauen und Mittel und Methoden zur Beendigung des Kalten Krieges sowie zu Frieden und Sicherheit in Europa zu erarbeiten. Stichworte waren: Europäische Sicherheitsgemeinschaft, präventive Rüstungskontrolle und Fragen der Weltinnenpolitik. Ab 1989 überschlugen sich Ereignisse, die Europas Landkarte veränderten: die Wiedervereinigung Deutschlands, die Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation und mehrere Erweiterungsrounden der NATO. Höhepunkte dieser Phase der Institutsgeschichte waren das erstmalige Zusammentreffen von Generälen aus der DDR und der Bundesrepublik im März 1989 und der Besuch von Friedensnobelpreisträger Michael Gorbatschow im März 1992.

Nationale wie internationale Medien haben Egon Bahrs Lebenswerk gewürdigt. In den folgenden Beiträgen widmen sich vier Autoren aus dem IFSH, die zum damaligen Team gehörten, dem Wechselverhältnis von Sicherheit und Entspannung (Reinhard Mutz), Egon Bahrs europäischem Vermächtnis (Hans-Georg Ehrhart) und seiner Rolle im deutsch-deutschen Sicherheitsdialog (Hans J. Giessmann) sowie der zentralen Frage von Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (Götz Neuneck). Zwei Themen haben Egon Bahrs Denken und seine politische Arbeit bestimmt: Die Selbstbestimmung Deutschlands und die Probleme der Sicherheit im Atomzeitalter.



Egon Bahr beim Vortrag „Macht, Recht, Frieden“ im Juli 2008

Literatur von Egon Bahr (eine Auswahl):

Egon Bahr, Dieter S. Lutz (Hrsg.): *Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept. Bd. I: Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturmerkmale Gemeinsamer Sicherheit*, Baden-Baden: Nomos, 1986.

Egon Bahr: *Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow*, Berlin: Siedler, 1988.

Dieter S. Lutz (Hrsg.): *Das Undenkbare denken: Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag*, Baden-Baden: Nomos, 1992.

Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*, München: Karl Blessing Verlag, 1996.

Egon Bahr: *Deutsche Interessen, Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik*, München: Karl Blessing Verlag, 1998.

Egon Bahr: *Der deutsche Weg: Selbstverständlich und normal*, München: Karl Blessing Verlag, 2003.

Dietlind Klemm (Hrsg.): *Egon Bahr: Ostwärts und nichts vergessen! Kooperation statt Konfrontation*, Hamburg: VSA Verlag, 2012.

Egon Bahr, Peter Ensikat: *Gedächtnislücken: Zwei Deutsche erinnern sich*, Berlin, Aufbau-Verlag, 2013.

Egon Bahr: »Das musst du erzählen«: *Erinnerungen an Willy Brandt*, Berlin: Propyläen, 2013.

Sicherheit durch Entspannung? Ein Missverständnis

Reinhard Mutz

Als Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister Hamburgs, seinen langjährigen Parlamentskollegen Egon Bahr, Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages, fragte, ob er interessiert sei, für die vakante Position des Wissenschaftlichen Direktors am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in der Hansestadt zu kandidieren, blieb die Antwort nicht lange aus. Bahr, Anfang sechzig und seiner meisten Verpflichtungen inzwischen ledig, stand der Sinn weniger nach einem neuen politischen Projekt, wohl aber nach einer intellektuellen Herausforderung. Den unmittelbaren Anstoß gab eine Tätigkeit, der er sich zuvor knapp zwei Jahre lang verschrieben hatte, der Mitarbeit in der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, kurz: Palme-Kommission. Deren Abschlussbericht erschien im Frühjahr 1982 unter dem Titel *Common Security*. Die Schlüsselbotschaft lautet: „In der heutigen Zeit kann Sicherheit nicht einseitig erlangt werden. Wir leben in einer Welt, deren ökonomische, politische, kulturelle und vor allem militärische Strukturen in zunehmendem Maße voneinander abhängig sind. Die Sicherheit der einen Nation lässt sich nicht auf Kosten anderer Nationen erkaufen.“¹

Überzeugte der Palme-Report vor allem durch seine analytische Stringenz, so hielten die operativen Folgerungen damit nicht Schritt. Dieser Mangel ging nicht zuletzt darauf zurück, dass sich die unterbreiteten Vorschläge und Empfehlungen an Akteure mit sehr unterschiedlichen Sicherheitsorgen richteten. Dem entsprach die Zusammensetzung der Kommission zu etwa gleichen Teilen mit Vertretern aus Staaten, die in den Ost-West-Konflikt involviert waren, und solchen aus neutralen und blockfreien Ländern. Egon Bahr kam nach Hamburg mit dem Vorsatz, die Expertise der Kolleginnen und Kollegen des IFSH zu nutzen, um die Lücken und Leerstellen zu schließen, die der Palme-Bericht für ein Land mit der sicherheitspolitischen Problemlage der Bundesrepublik offen gelassen hatte. Diese Aufgabe machte in den ersten Jahren des Direktorats Bahr den Schwerpunkt der Institutsarbeit aus.

Der Palme-Bericht fand nicht nur Zustimmung. Obwohl ausschließlich von politischen Schwergewichten in vormaligen hohen Parlaments- und Regierungsämtern verfasst – darunter Cyrus Vance und David Owen, den Ex-Außenministern Washingtons und Londons – war es vor allem die Praxistauglichkeit des zugrunde liegenden Sicherheitsansatzes, die Zweifel hervorrief. Blauäugigkeit und mangelnder Realitätssinn waren noch die milderen unter den Attributen, die den Autoren entgegen schlugen. Mit derselben Kritik zu kämpfen hatte bereits eine Dekade früher das politische Konzept, das der kurzen Epoche von den späten sechziger Jahren bis zur Mitte der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts seinen Stempel aufprägte: Entspannung. Ein missverständlicher Name, schlecht gewählt und nie erklärt. Als Antonym zu Spannung, auch zu Anspannung, bezeichnet Entspannung eine Befindlichkeit, aber keine Handlungs- oder Verhaltensweise. Inwieweit Entspannung mit Sicherheit zu tun hat, versteht sich nicht von selbst. Was also steckt dahinter, wenn Willy Brandt und Egon Bahr stets darauf beharrten, mit der Ost- und Entspannungspolitik ihrer unverwechselbar persönlichen Handschrift nicht nur dem Frieden in Europa und der Linderung der deutschen Teilung, sondern auch und gerade der Sicherheit der Bundesrepublik zu dienen?

Verzicht auf stumpfe Waffen des Kalten Krieges

Die Antwort gibt das Vertragswerk, das Bahr ab 1966 als Planungschef im Auswärtigen Amt entwarf und dessen einzelnen Komponenten er nach 1969 selbst ausverhandelte: die Verträge von Moskau und Warschau, der Grundlagenvertrag mit der DDR und das Viermächteabkommen über Berlin vom September 1971. In Europa hatte sich längs der Frontlinie, an der 1945 der Weltkrieg zum Stehen gekommen war, die neue Konfliktfront der Systemrivalen West und Ost herausgebildet, behaftet mit einer Reihe lösungsbedürftiger politischer und territorialer Streitfragen, die ein Vierteljahrhundert lang umkämpft blieben. Obgleich nicht explizit unter dem Etikett von Sicherheitsvereinbarungen konzipiert, liegt die spezifisch sicherheitspolitische Bedeutung des Vertragssystems doch auf der Hand: Jede der beteiligten Vertragsparteien verbuchte spezifische Sicherheitsgewinne.

1 Common Security – A Programme for Disarmament, London and Sydney 1982, S. 12.

Für die Bundesrepublik milderte sich das Trauma der Verletzlichkeit Berlins. Der sowjetisch verbürgte Zugang, die Respektierung der faktischen Zugehörigkeit der Exklave zum westdeutschen Staat, die Reise- und Besuchsregelungen stärkten die Sicherung und die Lebensfähigkeit der Teilstadt und entlasteten die stets prekären westlichen Berlin-Garantien. Die DDR befreite die Anerkennung durch die westliche Welt aus ihrer internationalen Isolation. Die Sowjetunion kam der Staatenkonferenz von Helsinki einen bedeutenden Schritt näher, die ihr die lang erstrebte Bestätigung des Status quo in Europa und die Absicherung ihres strategischen Vorfeldes eintragen sollte. Und Polen konnte sich der Dauerhaftigkeit seiner Westgrenze ein Stück sicherer wähnen.

Ungleich leichter wogen die Gegenleistungen, zu denen sich die Vertragspartner genötigt sahen. Die Bundesrepublik vollzog die Anerkennung der inzwischen konsolidierten Territorialordnung des Kontinents, die Anerkennung der Grenzen in Europa und die Anerkennung des zweiten deutschen Staates. Aufgegeben hat sie Rechtsstandpunkte: die Behauptung der Ungültigkeit der Oder-Neiße-Grenze und die Behauptung der Unrechtmäßigkeit der DDR. Auch ohne die längst marode Hallstein-Doktrin war ihre Sicherheit, die Sicherheit ihrer Bürger, ihres Staatsgebietes und ihrer politischen Ordnung nicht geschmälert. Die Sowjetunion verzichtete auf den weiteren Einsatz des Krisenhebels Berlin, der sich seit dem Mauerbau zum Schutz vitaler eigener Interessen wie auch derjenigen ihres Klienten DDR nicht mehr nutzen ließ. Preisgegeben hatte sie damit gleichfalls stumpf gewordene Waffen des Kalten Krieges.

So kennzeichnet die Architektur der Ostverträge ein charakteristisches Baumuster. Geräumt wurden die wechselseitigen Angriffsflächen: Beide Seiten ließen von Druckmitteln und Pressionen ab, die sie instand gesetzt hatten, dem Gegner Schaden zuzufügen oder Nutzen vorzuenthalten, ohne damit die eigene Sicherheitslage zu verbessern. Im Kern handelte es sich um eine Art Rücktausch politischer Pfänder. Zum Wesen des Pfandes gehört, für den Eigentümer wertvoller zu sein als für den Besitzer. Deshalb eignet es sich als Handelsobjekt zum gegenseitigen Nutzen. Die allseitige Bereitschaft zu billigen, d.h. nicht gerade unerträglichen Konzessionen führte zu einer Vorteilsverteilung anders als im Nullsummenspiel: Alle Parteien hatten am Ende mehr gewonnen als sie geben mussten – ein Indiz für die Überlegenheit kooperativer gegenüber konfrontativen Formen der Konfliktaustragung.

Apokalyptische Dimensionen des Kriegführens?

Zum Schicksalsort der Ostpolitik Brandts und Bahrs sollte sich jedoch die Berlin-Frage entwickeln. Den Regierenden Bürgermeister und seinen Pressechef entsetzten der Mauerbau am 13. August 1961, aber mehr noch der Unwille der Westalliierten, anders als mit papierernen Protesten zu reagieren. Die 1963 geprägten Formeln vom „Wandel durch Annäherung“ und der „Politik der kleinen Schritte“ waren erste zaghafte Versuche, eigene Handlungsspielräume auszuloten, ein immens schwieriges Unterfangen angesichts des komplexen Disputs um die alte deutsche Hauptstadt. Drei strukturelle Merkmale des Berlin-Konflikts hatte bereits die Blockade-Krise von 1948/49 zutage gefördert. Sie alle fanden sich wieder in der zweiten Berlin-Krise (1958-1961), teils noch zugespitzt: 1. die unmittelbare Involvierung der Hauptantagonisten der Ost-West-Konfrontation, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion; 2. der Mangel an Optionen zur politischen Konfliktbeilegung vor Ort ohne schweren Gesichtsverlust für eine der beiden Weltmächte; 3. die Gefahr, bei Mislingen gewaltfreier Konfliktaustragung unverzüglich apokalyptische Dimensionen des Kriegführens heraufzubeschwören. Inzwischen gehörten Deutschland West und Ost den sich gegenüberstehenden Bündnissen an und unterstanden dem besonderen Schutz der Allianzführungsmächte. Dies erhöhte die Zahl der mitbeteiligten Akteure und setzte die Politiker in Washington und Moskau unter den Erwartungsdruck ihrer deutschen Klienten nach energischer Interessenvertretung. Entschiedene, nicht konzessionsbereite Konflikthaltungen wurden angemahnt. Zudem verfügte die Sowjetunion mittlerweile zu ihren Atomwaffen auch über Trägersysteme interkontinentaler Reichweite. Geendet hatte die nukleare Unverwundbarkeit der USA, die 1948 noch eine Trumpfkarte im Berlin-Poker gewesen war.

Auf dem Höhepunkt der zweiten Berlin-Krise verkündete John F. Kennedy seine berühmten *three essentials*: Präsenz der Westalliierten, unbeschränkter Zugang, Lebensfähigkeit der Stadt – dies seien die vitalen Interessen der USA gegenüber Westberlin und er fügte hinzu, wie er dafür einzustehen gedachte, nämlich

„um jeden Preis“,² worunter die sogenannte Nukleargarantie Berlins verstanden wurde. War 1961 lediglich verlangt, die Sowjetunion möge die drei Forderungen stillschweigend respektieren, so stand zehn Jahre später die sowjetische Unterschrift unter der völkerrechtlich bindenden Anerkennung jeder einzelnen von ihnen. Mit anderen Worten: Das Viermächte-Abkommen von 1971 stellte den zuvor extrem gefährdeten Status quo Berlins, d.h. die Zugehörigkeit der westlichen Teilstadt zur rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik, nicht länger infrage.

Es hat darüber hinaus einige wesentliche Veränderungen zugunsten West-Berlins bewirkt: die vereinfachte Abwicklung des Transitverkehrs, die Wiederinbetriebnahme des Fernsprechnetzes zwischen den Stadthälften und die begrenzte Wiederherstellung innerstädtischer Freizügigkeit, zumindest in einer Richtung. Wer damals zweifelte, ob die Vertragspolitik auch den Menschen in ihrem Alltag zugutekomme, konnte sich überzeugen oder berichten lassen, worin der Unterschied bestand zwischen einer Transifahrt über die Autobahn von Dreilinden nach Marienborn vor 1971 und danach. Die Geschichte der Diplomatie kennt wenige Beispiele internationaler Verhandlungen, an deren Anfang die Ausgangspositionen so weit auseinander lagen und die dann doch noch in einen Vertragsschluss mündeten, der sich obendrein als dauerhaft erwies. Dabei ist das Berlin-Abkommen rechtstechnisch ein Kuriosum, ohne einheitlichen Namen, ohne vereinbarten Geltungsbereich, voll umständlich verklausulierter Ortsbezeichnungen und fast nur aus einseitigen Erklärungen bestehend – aber ein Kuriosum, das funktionierte, solange es gebraucht wurde.

Meisterwerk Berlin-Abkommen

Für sich genommen verleiten die Berlin-Verhandlungen leicht zu einem Fehlschluss, denn sie endeten mit einem unausgewogenen Ergebnis. Das Abkommen enthält fast alle westlichen und nahezu keine der ursprünglichen östlichen Vorstellungen. Das liegt weniger am außergewöhnlichen Verhandlungsgeschick der einen Seite als an der Einbettung der Übereinkunft in den weiteren Kontext des Verhandlungsprozesses der siebziger Jahre. Die westlichen bzw. westdeutschen Konzessionen stehen in den Verträgen von Moskau und Warschau und im Grundlagenvertrag mit der DDR. Sie alle sind durch Junktims miteinander verknüpft worden,³ so dass jede Vertragspartei in den Genuss angestrebter Regelungen erst gelangen konnte, sobald sie ihre eigenen Zusagen erfüllt hatte.

Dabei ist die wichtigste Einigungsfolge noch gar nicht erwähnt. Für alle Beteiligten resultierte eine gleichermaßen veränderte Sicherheitssituation aus der politischen Entschärfung desjenigen internationalen Streitfalls, der sich zwischen den Blöcken in Europa als der langlebigste und gewaltträchtigste erwiesen hatte. Die Zeitbombe Berlin hörte auf zu ticken, die Lunte am atomaren Pulverfass erlosch. Die Verständigungspolitik der siebziger Jahre hat die Gefahr eines Krieges in Europa nicht vollends bannen können. Der Rüstungswettlauf ging weiter, nahm sogar noch zu. Auch die Kontroverse um den Rechtsstatus der Stadt ließ sich bis zum Ende der Blockkonfrontation in Europa nicht beilegen. Aber dass Berlin zum Auslöser eines Ost-West-Krieges werden würde, stand nun nicht länger zu befürchten. So kann das Berlin-Abkommen vom 3. September 1971 als Schlussstein der sozialliberalen Ostpolitik und als Krönung des politischen Lebenswerks Egon Bahrs gelten. Der doch daran gar nicht beteiligt war? Gewiss, den Konferenzsaal am einstigen Sitz des Alliierten Kontrollrats im Schöneberger Kleistpark hat er für die Dauer der Verhandlungen nie zu Gesicht bekommen. Dort berieten exklusiv die Repräsentanten der vier Siegermächte. Doch tagte parallel am Rhein und bisweilen auch an der Spree ein kleineres, hochagiles Gremium, von dessen Existenz nicht allzu viele Personen wussten, bestehend aus Bahr sowie zwei Spitzendiplomaten mit kurzem Draht nach Washington bzw. Moskau, Kenneth Rush und Valentin Falin.⁴ Aus diesem Kreis stammten die belebenden Impulse, wenn die offiziellen Beratungen stockten oder gar zu scheitern drohten.

2 Kennedy-Rede vom 25. Juli 1961, in: Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik Bd. IV/6, Frankfurt 1975, S. 1351.

3 Honoré M. Catudal, *The Diplomacy of the Quadripartite Agreement on Berlin – A New Era in East-West Politics*, Berlin 1978, S. 198 ff.

4 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 352 ff.

War das nun ein Triumph der Entspannung? Gebrauchen zwei Diskutanten dieses Wort, streiten rasch drei Meinungen, was es bedeutet. Einer transparenten Debatte ist das nicht unbedingt dienlich. Die Ost-, Sicherheits- und Friedenspolitik, für die Bahr stand, zehrte von keinem Stimmungsumschwung. Ihr lag auch nicht an der Pflege des Atmosphärischen. Vielmehr vollzog sie planvoll und systematisch den Wechsel der Methodik von der konfrontativen zur kooperativen Konfliktpolitik. Konfrontativ verfährt eine Politik, die sich zur Durchsetzung ihrer Ziele der einseitig verfügbaren Machtmittel gegen die Interessen des Kontrahenten bedient. Kooperative Konfliktpolitik setzt auf Zielverwirklichung mittels Interessenausgleich, Kompromiss und Vereinbarung. Sie sollte kein Relikt der Vergangenheit sein. Dafür hat Egon Bahr bis zuletzt geworben und gekämpft.

Egon Bahr – Deutscher, Europäer, „Gaullist“

Hans-Georg Ehrhart

Er war weder ein idealistischer Europäer noch ein deutscher Nationalist; weder ein Antiamerikaner noch ein Russlandfreund. Er war vielmehr Deutscher, Europäer und in einem gewissen Sinne auch „Gaullist“. Zum Verständnis des Denkens von Egon Bahr in Bezug auf Europa ist es hilfreich, seine außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen mit denen Charles de Gaulles zu vergleichen. Dessen Handeln wurde von wenigen großen Ideen wie nationale Souveränität und Europa bestimmt.⁵ Natürlich waren Bahr und de Gaulle grundverschieden. Der eine war Sozialdemokrat, evangelisch, einer anderen Generation angehörig und Zivillist, den Frieden in den Mittelpunkt seines politischen Lebens stellend. Der andere war katholisch-konservativ, durch die Teilnahme an zwei Weltkriegen geprägter Berufsmilitär, der seine eigene politische Bewegung gründete, eine auf ihn zugeschnittene Präsidialverfassung schuf und Zeit seines Lebens die Wiederherstellung der Größe der französischen Nation anstrebte. Doch einige Ideen teilten sie.

Frieden war die Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit, ein Ziel, das Egon Bahrs politisches Denken und Wirken bestimmte. Durch sie konnte und sollte Deutschland wieder zu einem souveränen, selbstbestimmten politischen Akteur werden. Souveränität hieß für de Gaulle unabhängig und eigenverantwortlich zu entscheiden. Da weder er noch Bahr Träumer waren und beide um die politischen Sachzwänge ihrer Zeit wussten, vertraten beide ein angemessenes Souveränitätsverständnis: Demnach ist Souveränität die Fähigkeit, „nein!“ sagen zu können. Dass Frankreich diese Fähigkeit besser beherrschte als die alte Bundesrepublik, war den damaligen Umständen geschuldet. Aber Bahr forderte bereits in den 1960er Jahren, die Bundesrepublik müsse den Anschein loswerden, sie habe keine eigenen Interessen und keinen eigenen Willen.

Für de Gaulle waren die Nationen Europas langlebige geschichtliche Akteure mit eigenem Charakter. Darum war für ihn die deutsche Teilung unnatürlich, etwas zeitlich Beschränktes. Ähnlich dachte Egon Bahr. Dessen diplomatische Aktivitäten beunruhigten zwar de Gaulles Nachfolger George Pompidou zeitweise. Dessen Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands wurde aber immer als legitim und unabwendbar angesehen, sofern es europäisch eingebunden und kontrolliert erfolgen würde. De Gaulle wäre nach der Einschätzung Bahrs aber niemals kurz vor dem Ende der DDR nach Ostberlin gefahren, wie das François Mitterrand tat. Es war schließlich de Gaulle, der als erster in Europa eine Ostpolitik aus einem Guss entwarf, die dem Dreischritt „Détente, Entente, Coopération“ folgte. Bahr fand die Position des Staatspräsidenten, die Lösung der deutschen Frage führe nur über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Einbindung der Sowjetunion in ein europäisches Sicherheitssystem „bestehend“.⁶

Dieses Europa konnte für beide nur ein „Europa der Vaterländer“ sein. Denn nur ein solches Europa ließ den Freiraum, den der eine für die angestrebte Führungsrolle in einem selbstbestimmten Europa brauchte und der andere für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. „Jedenfalls ist es nicht zuletzt de Gaulle

5 Charles de Gaulle, *Mémoires d'Espoir. Le renouveau 1958-1962*, Plon 1970, S. 182.

6 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 174.

zu verdanken und seinem Europa der Vaterländer, dass auch unser Land seine Bewegungsmöglichkeit behielt, bis es sie braucht.“⁷ Integration im auch von de Gaulle abgelehnten Sinne eines europäischen Bundesstaates war für Egon Bahr nicht akzeptabel, solange Deutschland geteilt war. Auch später blieb er skeptisch, ob es jemals so weit kommen würde. Die deutsch-französische Achse war für ihn wichtig, denn sie ist der Motor für den Aufbau Europas. Europa müsse in einer globalisierten Welt sein politisches und wirtschaftliches Eigengewicht entwickeln und seine Chance in der Mobilisierung seines vielfältigen Reichtums suchen, nicht in dem „vergeblichen Versuch, seine Staaten zu einer europäischen Nation in einem Bundesstaat zusammenzuführen“.⁸ Als Etatist betrachtete er die Brüsseler Bürokratie, wenn nicht wie de Gaulle abschätzig, so doch ironisch-kritisch. Seiner Anerkennung der friedenspolitischen Leistung der EU tat das keinen Abbruch.

Er dachte wie de Gaulle immer auch in gesamteuropäischen Kategorien: Europäische Sicherheit war und ist ohne oder gar gegen Russland nicht zu haben. Das galt während der deutschen und europäischen Teilung und gilt darüber hinaus. Darum muss man auch mit dem „Autokraten“⁹ Wladimir Putin Politik machen. Die notwenige sicherheitspolitische Rückendeckung geben – aus wohl verstandenem Eigeninteresse heraus – die USA, die mit Abstand stärkste Militärmacht der Welt. Amerika ist weder Feind noch Rivale, sondern unverzichtbarer Sicherheitspartner, wichtiger noch als Frankreich. So stellte er anlässlich des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages fest: „Alles, was die deutsch-französische Freundschaft vertieft ist gut. Alles, was das deutsch-amerikanische Verhältnis vertieft, ist besser. Wir müssen uns über die Rangfolge im klaren sein, wenn wir, was ich hoffe, nicht vor die Alternative einer Wahl gestellt werden“.¹⁰ Darum Bahrs zutreffendes Diktum: „Antiamerikanismus ist dumm“, denn de Gaulle habe bereits keinen Widerspruch zwischen seiner europäischen Überzeugung und der Notwendigkeit der sicherheitspolitischen Abstützung durch die USA gesehen.¹¹ Jedoch sollte Europa seine eigenen Verteidigungsfähigkeiten verbessern. Andernfalls bleibe Europa ein amerikanisches Protektorat und behalte seinen Vasallenstatus.¹² Auch hier stimmen Bahr und de Gaulle überein.

Wenn es aber um die Verfügungsgewalt über Atomwaffen ging, vertraten beide grundverschiedene Positionen. Der General erwirkte gegen erbitterten amerikanischen Widerstand die nukleare Abschreckungsfähigkeit Frankreichs. Sie diene vor allem als Rückversicherung gegen ein eines Tages vielleicht übermächtiges Deutschland und als Instrument, die eventuell zweifelnden Amerikaner in den Atomkrieg gegen eine aggressive Sowjetunion zu zwingen. Natürlich sah er sie auch als Ausdruck nationaler Größe und weltpolitischer Verantwortung.

Bahr hingegen war entschieden gegen eine atomare Option für sein Land. Er kritisierte entsprechende Bemühungen deutscher Konservativer bissig. Auch eine ferne europäische Nuklearkoption lehnte er mit einem klassischen gaullistischen Argument ab: „le nucléaire ne se partage pas!“ (die Verfügungsgewalt über Atomwaffen lässt sich nicht teilen).¹³ Sie muss immer national bleiben. Das werde sich erst ändern, wenn eine globale Ordnung etabliert ist, „die absolut verlässlich und kontrollierbar die Abschaffung aller Atomwaffen erlaubt“.¹⁴ Es ist die friedenspolitische Verantwortung Deutschlands, sich für eine solche Ordnung einzusetzen.

Ein in Deutschland immer noch heikles Thema ist die Übernahme politischer Führung. Bahr plädierte für die Übernahme politischer Führung durch Deutschland, die sich auch in der Fähigkeit und im Willen zum

7 Ebenda, S. 177.

8 Ebenda, S. 569.

9 Intervention d'Egon Bahr. Intervention prononcée lors du colloque Paris-Berlin-Moscou: une émancipation européenne du 24 mai 2005, http://www.fondation-res-publica.org/Paris-Berlin-Moscou-une-emancipation-europeenne_r11.html.

10 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 172.

11 Ebenda.

12 Intervention d'Egon Bahr. A.a.O. (FN. 9).

13 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 202; Charles de Gaulle, *Mémoires d'Espoir. Le renouveau 1958-1962*, Plon 1970, S. 214.

14 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 206.

Alleingang ausdrücke. Fast mit Hochachtung sprach er darüber, wie de Gaulle „England die Tür zur EWG zugeschmissen“ und die militärische Organisation der Atlantischen Allianz verlassen hatte.¹⁵ Die sorgfältig verhüllte deutsche Führung durch Willy Brandt sei Europa nicht schlecht bekommen. Er wollte Führung nicht durch Militärmacht, sondern durch Überzeugungskraft und die Qualität der Ideen. Deutschland müsse für sein zentrales Interesse an einer Ausdehnung der Stabilität auf ganz Europa andere Staaten gewinnen. Es sei aber mittlerweile auch stark genug, um gegenläufige Entwicklungen zu verhindern, so Bahr Mitte der 1990er Jahre.¹⁶ Das entsprach sowohl seinem „gaullistischen“ Souveränitätsverständnis als der Fähigkeit, auch „nein“ sagen zu können, als auch seinem „gaullistischen“ Europaverständnis, das er mit einem „Zementsatz“¹⁷ des Generals auf den Punkt brachte: „Wenn Europa geschaffen werden soll, muss es auch Europa sein“.¹⁸

Vom „Back Channel“ zum „Track 1,5“ – Begegnungen mit Egon Bahr im deutsch-deutschen Sicherheitsdialog¹⁹

Hans J. Giessmann

Begegnungen mit Egon Bahr im deutsch-deutschen Sicherheitsdialog

Egon Bahr traf ich das erste Mal 1985 durch einen überaus glücklichen Zufall. Während eines kurzfristig vereinbarten Gesprächs mit seinem persönlichen Referenten, Uwe Stehr, öffnete sich plötzlich die Tür, er steckte den Kopf herein und war sichtlich ungehalten, weil offenbar Dringendes mit seinem Mitarbeiter zu besprechen war. Als er hörte, woher ich kam – zur damaligen Zeit war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft in Ost-Berlin, und nahm während meiner ersten sogenannten „Westreise“ an einer Konferenz in Bonn teil – veränderte sich seine Miene sofort. Die Dringlichkeit seines Anliegens schien vergessen. Mit den Worten: „Das ist ja fabelhaft“, betrat er das winzige Büro seines Mitarbeiters, nahm Platz und verwickelte mich sogleich ins Gespräch. Bahr war gerade erst von Konsultationen aus Moskau zurückgekehrt, tief beeindruckt von seiner Begegnung mit Michail S. Gorbatschow, und voller Neugier, ob und welche Auswirkungen dessen Politik des gesellschaftlichen Umbaus (*Perestrojka*) und Transparenz (*Glasnost*) auf die politische Entwicklung in der DDR haben könnte.

Fast zwei Stunden nahm sich Egon Bahr damals Zeit für mich, hörte mir zu, stellte sehr genaue Fragen, bezog mich in seine Gedanken und Überlegungen ein. Es war eine seiner beeindruckend großen Gaben, anderen geduldig zuhören zu können, seine eigene Meinung nicht mit der ihm eigenen zweifellos großen Autorität zu verstärken, sondern andere Argumente aufzunehmen, in unnachahmlicher Weise das Wesentliche aus ihnen herauszufiltern, präzise nachzufragen und eigene Ideen logisch schlüssig und praktisch druckreif zu formulieren. Es war der Beginn eines fast drei Jahrzehnte andauernden, zunehmend freundschaftlichen Miteinanders in sehr unterschiedlichen beruflichen und politischen Zusammenhängen und, rückblickend betrachtet, war es ein unerhörtes Privileg, von diesem lebensklugen Menschen lernen zu dürfen und sogar mit ihm zeitweilig an gemeinsamen Projekten zu arbeiten. Ich hatte in den folgenden Jahren nach unserer ersten Begegnung in unregelmäßigem Abstand Gelegenheit ihn erneut zu treffen, und zumeist fand er die Zeit auch zu einem bilateralen Austausch. Offiziell trafen wir uns in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein- bis zweimal im Jahr im Rahmen der zwischen meinem damaligen Institut und dem

15 Ebenda, S. 172.

16 Ebenda, S. 569.

17 Ebenda, S. 172.

18 Ebenda.

19 Der vollständige Aufsatz erscheint in Sicherheit und Frieden – Security and Peace (S+F) 4/2015. Der vorliegende Beitrag ist eine Kurzfassung.

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg stattfindenden bilateralen Konsultationen.

In ständiger Erinnerung bleibt dabei eine legendäre Sitzung in der Wendezeit. Ursprünglich geplant als bilaterales Arbeitstreffen brachte es die politische Entwicklung in der damaligen DDR mit sich, dass die Vertreterinnen und Vertreter des IPW einen Teil des politischen Spektrums der Teilnehmenden des damaligen Runden Tisches repräsentierten. Egon Bahrs unnachahmliche Verknüpfung von politischer Analyse und konzeptioneller Planung war in dieser Situation beeindruckend. Aus der Hypothese, dass mit der Einführung der Demokratie in der DDR die wichtigste gesellschaftspolitische Legitimation für die Existenz von zwei deutschen Staaten verschwinden würde, schlussfolgerte er scharf, dass es deshalb umso mehr jetzt darauf ankäme, die außenpolitische Legitimation – die damals in der Teilung Deutschlands manifestierte europäische Spaltung – friedlich zu überwinden. Bahr war immer der Auffassung, dass die Schaffung der deutschen Einheit nur in einem europäischen Einigungsprozess aufgefangen werden konnte, und die von ihm entwickelte und unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt umgesetzte neue Ostpolitik mit ihrem Kern, dem „Wandel durch Annäherung“ verfolgte dieses Konzept einer Harmonisierung europäischer Einigung und deutscher Annäherung über 25 Jahre hinweg mit großer Konsequenz.

Egon Bahr war wegen seiner Überzeugung, dass Veränderung die Anerkennung des Bestehenden erfordere, zeitlebens und aus unterschiedlichen Gründen oft politischen Anfeindungen ausgesetzt. Am meisten aber traf ihn der Vorwurf nach 1989, er hätte die politische Opposition in der DDR zu lange unterschätzt und viel zu lange am Dialog mit den Herrschenden festgehalten. Ersteres hat er in einer späteren persönlichen Rückschau zwar selbst eingeräumt, letzteres aber kann ihm nicht ernsthaft vorgehalten werden. Es sollte nicht vergessen werden, dass zur damaligen Zeit mehr als 360.000 Soldaten der Sowjetunion auf dem Boden der DDR stationiert waren, dass Gorbatschows Öffnungspolitik nicht nur von den meisten Oberen in der DDR für falsch gehalten wurde, sondern sich auch im eigenen Lande der Ruf nach konservativer Restauration regte, und dass – und auch dies wird in historischen Rückblenden oft übersehen – auch im Westen, vor allem in Frankreich und Großbritannien, Sorgen hinsichtlich einer Destabilisierung gerade in der Mitte Europas bestanden.

Für den sich in den 1980er Jahren auf vielen Ebenen erst zögerlich, dann schnell, entwickelnden Dialog zwischen beiden deutschen Staaten fand sich als rahmensetzende Rechtfertigung ein Konzept, an dessen Entwicklung erneut Egon Bahr wesentlichen Anteil hatte – das Modell „gemeinsamer Sicherheit“, einer deutschen und europäischen Verantwortungsgemeinschaft oder eines gemeinsamen „Europäischen Hauses“, wie es von Michail Gorbatschow aufgenommen wurde. Dabei ist daran zu erinnern, dass noch Anfang der 1980er Jahre eine neue Eiszeit zwischen Ost und West im Entstehen war, die USA und die Sowjetunion neue nukleare Mittel- und Kurzstreckenraketen auf deutschem Boden stationierten, jedes Plädoyer für eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten zwar vernünftig schien, aber auch politische Risiken im Kontext der großen Politik bedeutete. Egon Bahr verstand besser als viele andere die politische Notwendigkeit, sich gerade bei einer drohenden Zuspitzung von Konfrontation besonders, und aller Kritik und Anfeindung zum Trotz, um die sachdienliche Zusammenarbeit mit dem Gegenüber zu bemühen, um nachhaltigen Schaden zu vermeiden und die Bedingungen für einen friedlichen Wandel zu verbessern. Und anders als viele andere nahm er das Risiko auf sich und entwickelte jene Gesprächsformate, welche den Dialog und die Zusammenarbeit auch im politischen und sogar sicherheitspolitischen Raum ermöglichten. Gelegentlich als „Nebenaußenpolitik“ verunglimpft, waren es gerade diese Gesprächsformate bei denen in der Tradition der früheren „Back Channels“ nunmehr mit wissenschaftlichem oder Parteienbezug Ideen entwickelt, Botschaften übermittelt und Grundlagen für eine Annäherung der Standpunkte zur Friedenspolitik in der Mitte Europas geschaffen wurden.

Die Entwicklung des deutsch-deutschen wissenschaftlichen Dialoges über Sicherheitspolitik

Eine geregelte deutsch-deutsche wissenschaftliche Zusammenarbeit zu sicherheitspolitischen Themen gab es bis zum Beginn der 1980er Jahre nicht, und sie wäre, wie sich später noch bestätigen sollte, wegen der besonderen Entstehungsbedingungen der deutschen Teilung auf großes Misstrauen bei den jeweiligen östlichen und westlichen Nachbarn in Europa gestoßen. Die deutsch-deutschen Beziehungen waren insgesamt

lange eine ausschließliche Domäne der hohen Politik, und insbesondere in der DDR waren persönliche Kontakte und gar Kooperationen außerhalb staatlicher Kontrolle nach Westdeutschland – zumal nach West-Berlin – unerwünscht. Die internationalen Entwicklungen an der Wende zu den 1980er Jahren brachten jedoch eine neue Lage hervor, welche die deutsch-deutschen Beziehungen stark beeinflussen und auch dem bilateralen wissenschaftlichen Austausch überraschend neue Chancen einräumen sollte.

Anfang des Jahrzehnts hatte sich im europäischen Ost-West-Verhältnis ein neuer Kalter Krieg entwickelt. Durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan (1979) wurde eine kurze Phase europäischer Entspannung abrupt beendet, die im Jahre 1975 mit der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte der KSZE ihren Höhepunkt hatte.

Die Erkenntnis, dass vor allem die Deutschen von einer weiteren politischen Zuspitzung und militärischen Konfrontation in Europa Schlimmes zu befürchten hätten, beflügelte das wechselseitige Nachdenken über politische Alternativen zur materiellen und rhetorischen Aufrüstung – allerdings auch den Widerstand jener, die eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten, in welcher Form auch immer, prinzipiell für falsch hielten. So war die Tolerierung von wissenschaftlichen Kontakten, die Beteiligung an – oder die Initiierung von neuen – politiknahen Dialogen (heute würde man sie als *Track-2*²⁰ bezeichnen) zunächst nicht immer und von allen Beteiligten motiviert, tatsächlich gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu suchen. Das Ausforschen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist dabei ebenso aktenkundig wie Versuche gezielter Einflussnahme auf die Gespräche und die daran Beteiligten.²¹

Die Entwicklung der Kontakte und Begegnungen allein auf solche Motive zu beschränken, wäre jedoch rückblickend falsch und irreführend. Ich erinnere mich an seinerzeit durchaus manifeste politische Versuche, den Dialog gerade wegen seiner dort vorherrschenden Sachlichkeit und Offenheit zu beeinflussen oder gar zu unterbinden. Tatsächlich boten sich trotz aller Beschränkungen, unter dem Dach eines gemeinsamen Interesses an Stabilität und Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten, erstaunliche Möglichkeiten für einen problemlösungsorientierten Gedankenaustausch und die Entstehung von sich allmählich festigenden regelmäßigen Gesprächskanälen zur Sicherheitspolitik. Mitunter war dabei die persönliche Autorität und Integrität der Protagonisten dieser Gesprächskanäle, insbesondere eben auch jene Egon Bahrs, hilfreich und auf beiden Seiten schützend.

Der zunächst sehr vorsichtigen Anbahnung wissenschaftlicher Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten kam zugute, dass etwa gleichzeitig neue friedens- und sicherheitspolitische Gesprächszusammenhänge im globalen Maßstab entstanden. Vor allem die von den Vereinten Nationen eingesetzte Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit (Palme-Kommission) hatte mit ihrem 1982 unter maßgeblicher Mitwirkung von Egon Bahr veröffentlichten Bericht und Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“²² einen für die deutsch-deutschen Beziehungen geradezu ideal anwendbaren Referenzrahmen für eine Intensivierung friedens- und sicherheitspolitisch motivierter Kooperation geschaffen. Zunächst waren es überwiegend institutionalisierte Dialogplattformen, die zu Anlaufstellen für einen regelmäßigen Gedankenaustausch wurden.

Der Politische Club in Berlin (West), die Evangelische Akademie in Loccum und das Haus Rissen in Hamburg gehörten im Westen dazu, im Osten unter anderem das DDR-Komitee für Europäische Sicherheit und bald dann auch das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW). Wie bereits angedeutet, entwickelten sich im sicherheitspolitischen Kontext neben den wissenschaftlichen Kontakten auch Dialoge zwischen der SED und der SPD, unter anderem über die Einrichtung von atom- und chemiewaffenfreien Zonen auf deutschem Boden, später auch über politikformende oder -begleitende Ideologien. Die direkten Kontakte zwischen den Parteien erleichterten bilaterale Gespräche zunehmend auch auf anderen Ebenen, darunter auch zwischen Forschungseinrichtungen beider deutscher Staaten. Umgekehrt sollten diese Gespräche auch wiederum aus eigener Kraft Transmissionen auf die Ebene der Politik erlauben. Insofern

20 Tanja Paffenholz/Melanie Seegräf (2002), Stärkung von Friedensallianzen, Eschborn: GTZ, S. 8.

21 Ausführlich hierzu Hubertus Knabe (1990), Die unterwanderte Republik, Berlin: Propyläen.

22 Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin: Severin und Siedler 1982.

waren diese Gespräche im Grenzbereich zwischen Politik und angewandter Wissenschaft angesiedelt, eine Art „Track 1,5“²³ bzw. eben auch eine Art „Back Channel“ für einen besonders sensiblen Politikbereich.



Pressekonferenz zum „Generalstreifen“ am 29.3.1989

Zwischen 1984 und 1989, nach der Amtsübernahme der Leitungsgeschäfte des IFSH durch Egon Bahr, wurden die wissenschaftlichen Konsultationen regelmäßiger, stärker problembezogen und lösungsorientiert. Insgesamt vier Diskussionsrunden fanden bis 1987 abwechselnd in Berlin und Hamburg statt²⁴; später kamen für das IFSH im deutsch-deutschen Kontext noch weitere Begegnungen unter Einbeziehung von hohen Offizieren der NVA und der Bundeswehr hinzu.²⁵

Politische Wirkung oder Selbsttäuschung: Versuch einer Bewertung des Sicherheitsdialoges

Haben die Gespräche zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen beider deutscher Staaten über die Verbreitung ihrer Ergebnisse hinaus eine politische Wirkung gehabt, eine solche überhaupt erzielen können? War die Annahme eines Erfolgs spezifischer deutsch-deutscher Beiträge für den Erhalt des Friedens und der Stabilität in Europa berechtigt oder vor dem Hintergrund der Interessen der Führungsmächte der Bündnisse von Warschauer Vertrag und NATO lediglich selbstberuhigend und in politischer Hinsicht eine Illusion? Wie weit trifft der Vorwurf aus den Reihen der politischen Opposition in der untergehenden DDR zu, die politikbegleitenden wissenschaftlichen Gespräche zwischen Ost und West seien weniger ein Beitrag zum Frieden als eine Krücke zur Verlängerung der SED-Herrschaft gewesen? Haben sich die Teilnehmenden einer Selbsttäuschung hinsichtlich ihrer Einflussmöglichkeiten hingegeben?

Nacheilende Schlaumeierei hat zumeist einfache Antworten auf diese Fragen parat: Eine erkennbare politische Wirkung habe es nicht gegeben; die von den Alliierten gezogenen Grenzen der Souveränität beschränkten die Spielräume eigenständigen Handelns; die Aufwertung der DDR als Gesprächspartnerin in der europäischen Politik habe den Herrschenden zusätzliche Legitimation für ihre Machtausübung im Innern verschafft. Bei genauerer Betrachtung sind diese und ähnliche Antworten aber nur auf den ersten Blick plausibel. Sie sind jedenfalls unvollständig und in verabsolutierter Form historisch unzutreffend.

Allein die Tatsache, dass Anfang der 1980er Jahre politiknahe wissenschaftliche Kontakte zwischen der DDR, der Bundesrepublik und Berlin (West) möglich wurden, war bereits eine Folge eingetretener politi-

23 Die Bezeichnung „Track 1,5“ wurde erst Ende der 1990er in der Mediationsforschung gebräuchlich. Track 1,5 verweist auf das enge Zusammenwirken von Politik und beratender Expertise zur Lösung politischer Probleme. Vgl. u.a. Nan, Susan Allan (2005), Track one-and-Half Diplomacy, in: Ron J. Fisher (Hg.) Paving the Way, Lanham: Lexington Books, S. 161-173.

24 Gemeinsame Sicherheit und Friedliche Koexistenz, Ein gemeinsamer Report des IFSH (Hamburg) und des IPW (Berlin/ DDR) über ihre wissenschaftlichen Diskussionen Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 27/1988.

25 An den von Egon Bahr 1988 initiierten Gesprächen nahmen u.a. Generale der Militärakademie „Friedrich Engels“ der DDR und der Führungsakademie der Bundeswehr teil.

scher Wirkungen der europäischen Entspannungspolitik im Rahmen des Helsinki-Prozesses und ihrer Vorläufer, darunter der neuen Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung an der Schwelle zu den 1970er Jahren. Das von Egon Bahr ersonnene Konzept des „Wandels durch Annäherung“²⁶, dem an der Wende zu den 1970er Jahren die neue Ostpolitik Willy Brandts folgte, brachte jene Entspannungspolitik hervor, in der sich die Regierungen der realsozialistischen Staaten um der eigenen innenpolitischen Glaubwürdigkeit willen auf Prinzipien einließen, welche die alltägliche Missachtung von Grund- und Menschenrechten erst zu einer legitimen Projektionsfläche oppositioneller Kritik machten.

Bekanntlich hat dabei die Vernunft der Argumente nicht zu einer anderen Politik der SED-Spitze geführt, jedoch die Durchsetzungskraft und Legitimität ihres absoluten Machtanspruchs so stark unterwandert, dass dem Zusammenbruch der immer mehr verkrustenden Herrschaft letztlich kein nennenswerter politischer Widerstand mehr entgegengesetzt werden konnte. Auf die friedenswissenschaftlichen Kontakte gemünzt, bedeutete dies, dass keine überzeugenden konzeptionellen „sozialistischen“ Alternativen zur „Gemeinsamen Sicherheit“ in der DDR mehr mehrheitsfähig waren, die den orthodoxen Teilen der Führungsschicht im Herbst 1989 als ein Fluchtpunkt sicherpolitischen Handelns zur Verfügung gestanden hätten.

Die heutige Erinnerung an konstruktive Debatten und an eine mitunter fast kollegiale Atmosphäre der wissenschaftlichen Begegnungen in den 1980er Jahren mag rückblickend die sicherheitspolitischen Umstände der Ost-West-Konstellation in Europa verklärt erscheinen lassen. Vom Ende der DDR her betrachtet – auch aus dem Blickwinkel der totalen moralischen Ablehnung des gescheiterten Versuchs einer sozialistischen deutschen Alternative – wird heute gelegentlich auch verurteilt, was während des Kalten Krieges im Interesse der Deutschen auf beiden Seiten der Grenze unternommen wurde, um die Teilung Deutschlands und Europas zu stabilisieren. Die Lage war jedoch komplexer und kritischer als Geschichtsbücher nachzeichnen können.

Die deutsche Teilung war das Ergebnis des von Deutschland angezettelten Eroberungskrieges. Sie bildete in den Jahrzehnten nach seinem Ende für die meisten europäischen Nachbarn eine nicht verhandelbare Garantie deutscher Zähmung. Für die beiden hegemonialen Großmächte war sie das Fundament bipolarer Stabilität auf dem Kontinent. Mehr als 500.000 Soldaten der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte und Angehörige der Nationalen Volksarmee waren auf dem Boden der DDR stationiert.²⁷ Welche Maßnahmen die Sowjetunion im Falle einer politischen und militärischen Krise in der DDR ergriffen hätte, um sich und um die eigenen Soldaten auf deutschem Boden zu schützen, war selbst den Herrschenden in Berlin bis zum Schluss nicht völlig klar. Zumindest vor 1985 hätte jedoch fraglos jeder Versuch eines beförderten politischen Umsturzes in der DDR in eine Katastrophe gemündet. Selbst für die Zeit danach bis zum Frühjahr 1990, kann nicht davon ausgegangen werden, dass der politische Kurswechsel unter Gorbatschow im Krisenfall eine drohende militärische Eskalation unter Einschluss der sowjetischen Truppen verhindert hätte.

Der frühere Außenminister der DDR, Otto Winzer, hatte weitblickend das von Egon Bahr entwickelte Konzept des „Wandels durch Annäherung“ einst als „Konterrevolution auf Filzlätschen“²⁸ bezeichnet. Das Zerbröseln der Machtstrukturen der SED, die eine demokratische Organisation neben sich nicht dulden wollte, war die Voraussetzung für die friedlichen Revolutionen im Wendeherbst 1989. Die von Egon Bahr wesentlich geprägten Gespräche zwischen den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Ost und West über den friedlichen Wandel in Europa und Deutschland hatten daran einen vielleicht nur kleinen, aber wichtigen Anteil.

1991 holte mich Egon Bahr an sein Hamburger Institut. Mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelte Egon Bahr seine Vorstellungen für eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft weiter, einem System kollektiver Sicherheit für Europa. Sein visionärer politischer Weitblick und sein Fokus auf die

26 Egon Bahr präsentierte sein berühmtes Konzept erstmals 1963 bei einer Rede an der Evangelischen Akademie in Tutzing.

27 Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Daten, Fakten, Publikationen, Heft I-II/1988.

28 Nach Auskunft des damaligen Leiters der Grundsatzabteilung des DDR-Außenministeriums, Siegfried Bock. Vgl. Interview mit der „Jungen Welt“ vom 30./31. Juli 2005.

konkrete Gestaltung langfristiger politischer Veränderungsprozesse beflügelten. Das Ergebnis gemeinsamer Arbeit, das Konzept einer „Europäischen Sicherheitsgemeinschaft“²⁹, hat bis heute nicht an Aktualität verloren, es liefert gerade für die aktuelle Diskussion über die Zukunft des Friedens in Europa vor dem Hintergrund eines drohenden neuen Kalten Krieges zeitgemäße Antworten.

Bis in sein letztes Lebensjahr hinein hatte ich das Glück, mit Egon Bahr zusammenzuarbeiten. Bis zuletzt trieb ihn die Überzeugung, dass die Rückkehr eines Kalten Krieges in Europa nur durch Kooperation verhindert werden kann. Seine wichtige, kluge und in allen politischen Lagern gehörte Stimme wird in diesem Bemühen fehlen.

Das Udenkbare denken: Gemeinsame Sicherheit, Abrüstung, Frieden in Europa

Götz Neuneck

Als Egon Bahr nach einer bewegten Karriere als Berater Willy Brandts, Verhandlungsführer der Ostverträge und Bundesminister a.D. 1984 Direktor des IFSH wurde, hatte er politisch bereits sehr viel erreicht. Aber der Friede in Europa war durch eine neue Hochrüstung bedroht, das Wettrüsten nahm wieder Fahrt auf und die Teilung Europas dauerte an. Die Nachrüstungsdebatte, die Star-Wars-Initiative Ronald Reagans, der Abschuss einer südkoreanischen Verkehrsmaschine 1983 und fast tägliche Manöver konventioneller Streitkräfte in Zentraleuropa waren sichtbare Zeichen der Spannungen. Der Friedenspolitiker und Vordenker Egon Bahr war damals eben nicht nur als Politikpragmatiker und „Architekt der Brandt’schen Ostpolitik“ bekannt, sondern auch als ein scharfer politischer Analytiker und visionärer Vordenker, der über Mut, Phantasie und die Fähigkeit konzeptionell zu denken verfügte wie kein Zweiter. Eine seiner Devisen war: „statt großer Worte, kleine Schritte“. Man musste nur einmal mit ihm durch Ost- oder West-Berlin gehen, um zu erleben, wie dankbar ihm die Berliner für das Passierscheinabkommen und den Grundlagenvertrag waren.

Egon Bahr – Vater der Gemeinsamen Sicherheit

Egon Bahr war in die SPD eingetreten, um mitzuhelfen „dass der Frieden bleibt“. Immer wieder zitierte er die Worte Willy Brandts: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“. Bereits 1980 war Bahr in das Aufsichtsgremium von SIPRI berufen worden. Er galt zudem als Abrüstungsspezialist und war von 1980 bis 1990 im Bundestag Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle, den er selbst ins Leben gerufen hatte. Als gelernter Journalist konnte er stets treffend Sachverhalte auf den Punkt bringen und in „griffigen Sätzen“ formulieren, ohne je den strategischen Blick zu verlieren. Beispiele sind die Formel „Wandel durch Annäherung“ oder „Sicherheit im Kernwaffenzeitalter heißt gemeinsame Sicherheit“. Als „Perversion des Denkens“ hatte er 1977 die Neutronenbombe bezeichnet und damit die Debatte maßgeblich beeinflusst. Hinter dieser Kunst steckte aber weit mehr als geschickt gewählte Worte. Ausgangspunkt seines politischen Denkens war stets die reale Ausgangslage: „Man muss den Status quo kennen, damit man ihn überwinden kann.“ Willy Brandt nannte ihn „einen deutschen Patrioten mit Sinn für internationale Verantwortung“. Solch ein Denker, Stratege und Friedenspolitiker an einem wissenschaftlichen Institut konnte nicht nur neue Konzepte und Ideen anregen, sondern auch eine fruchtbare Verbindung von Forschung und praktischer Politik herstellen. Das IFSH ist seiner Satzung nach verpflichtet, „Probleme der Friedenssicherung“ zu durchdenken und sicherheitspolitische Studien vorrangig unter europäischen und deutschen Aspekten anzufertigen. Und genau dies passierte tatsächlich in den Jahren unter Egon Bahrs Leitung.

29 Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn: SEF, 1995.

Unter dem Oberbegriff „Gemeinsame Sicherheit“ gestaltete das IFSH unter Egon Bahr seine Forschungsaktivitäten und setzte damit die Arbeiten des IFSH-Gründungsleiters Wolf Graf von Baudissin außenpolitisch fort. Ein verhältnismäßig kleines Team sehr unterschiedlicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machte sich daran, das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit zu fundieren, wesentliche Aspekte auszugestalten und diese mit Osteuropäern und mit Amerikanern zu diskutieren. Begriff und Konzept der Gemeinsamen Sicherheit haben ihren Ursprung in der Palme-Kommission, die in den 1980er Jahren die Grundlagen von „Common Security“ gelegt hatte. Egon Bahr hatte die Idee selbst in die Palme-Kommission eingebracht: „Die Aufgabe ist deshalb, dafür zu sorgen, daß die(se) ideologischen Meinungsverschiedenheiten nicht durch Gewalt ausgetragen werden. ... das bedeutet: Die Erhaltung des Weltfriedens hat höhere Priorität als die Durchsetzung der jeweiligen Ideologie. Das bedeutet: das gemeinsame Überleben ist wichtiger als das Risiko, besser: die Gewißheit des gemeinsamen Untergangs.“³⁰ Dieter S. Lutz nannte ihn zu Recht „Vater der Gemeinsamen Sicherheit“. Es ging Bahr darum, durch Dialog den Status quo zu verändern. Die Tutzing-Formel „Wandel durch Annäherung“ wurde hier sozusagen unter den realpolitischen Bedingungen des sich verschärfenden Kalten Krieges und der nuklearen Bedrohung weitergedacht: „Die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen vom Streben nach gemeinsamem Nutzen und nicht vom Vorteil für die eigene Seite bestimmt sein.“³¹ Zum Status quo gehörte insbesondere auch die Militärtechnik, die das Wettrüsten so nachhaltig bestimmte: „Globale Waffen verlangen globale Regeln der Sicherheit. Die Gegner von heute sind die Partner von morgen: das jedenfalls ist die logische Konsequenz der Waffen und ihrer technischen Möglichkeiten, über die beide Seiten verfügen.“³² Ein zentrales Instrument Gemeinsamer Sicherheit war die Rüstungskontrollpolitik in Europa, ergänzt um die globale nukleare Abrüstung.

Bahr hatte sich gegen die Nachrüstung ausgesprochen. Er forderte nun von den Mitarbeitern des IFSH unkonventionelles Denken in allen Bereichen der fortschreitenden Überrüstung und neue kreative Ideen. Sein Standpunkt zu Atomwaffen in einer Allianz war spätestens seit der Göttinger Erklärung 1957 klar: „Beim Atomaren hört der Spaß auf. (...) Kein Land teilt die Entscheidung über den Einsatz einer Waffe, die über das Schicksal der eigenen Nation entscheidet.“³³ „Es liegt im Charakter dieser Waffe, daß ihr Besitzer nicht einmal gestatten kann, ihm in den Arm zu fallen, wenn er ihre Benutzung für nötig hält. Insofern entscheidet der Atomstaat über das Schicksal von Nichtatomstaaten. Diese Ungleichheit ist nicht zu beseitigen, solange es Atomwaffen gibt.“³⁴

Folgerichtig beschäftigte sich das IFSH mit Fragen konventioneller wie strategischer Stabilität, mit Strukturlicher Nichtangriffsfähigkeit, Präventiver Rüstungskontrolle, mit den Militärapakten und Konzepten wie dem Unilateralismus, der sozialen Verteidigung oder der kollektiven Sicherheit.³⁵ Gemeinsame Sicherheit wurde aber auch als Ausweg aus der Abschreckung gesehen, denn „Abschreckung ist die Doktrin des Übergangs, die Krücke, mit deren Hilfe die Menschheit vom Zeitalter der Sicherheit durch Stärke in das Zeitalter der gemeinsamen Sicherheit gelangen soll.“³⁶ Warum ist gemeinsame Sicherheit nötig? Egon Bahr formulierte es so: „Abschreckung und Aufrüstung sind Zwillinge“, d.h. Abschreckung lädt zum Wettrüsten ein. Die Studien des IFSH, niedergelegt in sechs Bänden zur Gemeinsamen Sicherheit, wurden in den 1980er Jahren ausgearbeitet und verfeinert, von politischen Parteien übernommen, in Ost wie West auf Workshops und Konferenzen diskutiert. Das IFSH konnte seine Thesen in Ostberlin wie in Moskau vorstellen. Dort sagte

30 Zitiert nach: Dieter S. Lutz (Hrsg.): Das Udenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 23.

31 Egon Bahr: Zum europäischen Frieden. Antwort auf Gorbatschow, Berlin: Siedler, 1988, S. 23.

32 Egon Bahr: Gemeinsame Sicherheit: Einführende Überlegungen, in: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.) Gemeinsame Sicherheit Idee und Konzept. Bd. I: Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturmerkmalen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden: Nomos 1986, S.15-27, hier: S. 17.

33 Egon Bahr: Ostwärts und nichts vergessen! Kooperation statt Konfrontation, VSA Verlag Hamburg herausgegeben von Dietlind Klemm, VSA-Verlag Hamburg 2012, S. 90.

34 Egon Bahr: Zu meiner Zeit, Karl Blessing Verlag, 1996, S. 203.

35 Siehe Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.) Gemeinsame Sicherheit Idee und Konzept. Bd. I: Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturmerkmalen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden: Nomos, 1986.

36 Bahr: Gemeinsame Sicherheit: Einführende Überlegungen, a.a.O. (Fn. 3), S. 18-19.

Bahr bei einem Internationalen Kongress 1987: „Testet nicht neue Atombomben, testet Gorbatschow!“³⁷ Gorbatschow war 1985 Generalsekretär der KPdSU geworden und der Westen reagierte auf Abrüstungsangebote lange hilflos und skeptisch. Egon Bahr verfasste 1987 das Büchlein „Zum europäischen Frieden“ als „eine europäische Antwort“ auf Gorbatschow, dem Bahr entscheidende Impulse zur Gemeinsamen Sicherheit vermitteln konnte. Die folgenden historischen Ereignisse sind bekannt: Nach dem Fall der Mauer änderte sich die Landkarte Europas. Aber die Sicherheitsarchitektur Europas war nicht vollendet und ein vollständiger Verzicht auf Atomwaffen steht noch aus. Die revolutionären Veränderungen in Europa konnten aber durch Rüstungskontrollverträge (wie den INF- und den KSE-Vertrag) abgesichert werden. Das IFSH analysierte Interessen und Möglichkeiten von NATO, WEU und der Europäischen Union und sprach sich für einen neuen Ansatz, die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), aus. Der ESG lag die Idee zugrunde, die Gemeinsame Sicherheit zur Kollektiven Sicherheit weiterzuentwickeln. Zu Beginn der 1990er Jahre empfing das IFSH am Falkenstein häufig hochrangige Besucher, so Gorbatschow 1992, Oskar Arias, Gyula Horn oder John Kornblum zu Gesprächen über dieses Konzept.



Egon Bahr mit Michail Gorbatschow am IFSH (11.3.1992)

1992, zu Egon Bahrs 70. Geburtstag, erschien die Festschrift mit dem bezeichnenden Titel „Das Udenkbare denken“. Die Liste der gratulierenden Autoren war lang. Sie reichte von Henry Kissinger, Michail Gorbatschow und Adam Daniel Rotfeld bis hin zu Willy Brandt, Johannes Rau, Wolfgang Schäuble und Helmut Kohl. Kissinger attestierte ihm in jener Zeit, die „höchste Belohnung für einen Staatsmann“ erreicht zu haben: „die Verwirklichung seiner Träume der sechziger Jahre in den Neunzigern“.³⁸

Während Egon Bahr die administrativen Arbeiten dem stellvertretenden Direktor Dieter S. Lutz überließ, konzentrierte er sich mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des IFSH weiter auf die ungelösten Fragen europäischer Sicherheit sowie auf neue Herausforderungen wie Ökologie, Bevölkerungswachstum, neue Waffentechnologien und Klimawandel.

Egon Bahr war ein humorvoller, fröhlicher und offener Direktor. Wenig eitel im täglichen Umgang, konnte man mit ihm nicht nur über seinen enormen Einblick in die Zentren der Macht, sondern auch wunderbar über gute Romane, klassische Musik und gute Weine reden. Auch schaute er schon mal der Belegschaft beim Fußballspielen zu oder wir ihm beim Weihnachtswethäkeln. Treffend hat ihn sein Schulfreund Peter Bender zu seinem 75. Geburtstag 1997 so beschrieben: „Er liest viel, interessiert sich für fast alles und kann noch richtig staunen, wenn ihn seine Neugier immer wieder in die fernsten Länder treibt“.³⁹ Egon Bahr war ein einmaliger Glücksfall für das IFSH. Wir wurden Zeugen großer historischer Veränderungen, an denen Bahr und ein wenig auch das Institut seinen Anteil hatte.

37 Bahr: Zu meiner Zeit, a.a.O. (Fn. 9), S. 533

38 Lutz: Das Udenkbare denken, a.a.O. (Fn.5), S. 119.

39 Peter Bender: Heißes Herz, kalte Logik. Der Ostpolitiker Egon Bahr wird 75, in: Die Zeit vom 14. März 1997.

Nach dem Rücktritt: Friedenspolitik als Herzensangelegenheit

1994 nach seinem Rücktritt als IFSH-Direktor, den die Mitarbeiter mit großem Bedauern aufnahmen, blieb Egon Bahr ein wichtiger außenpolitischer Berater der SPD. Ungemein aktiv und kreativ war er weiter als Redner und Publizist tätig. Seine noch heute empfehlenswerten Erinnerungen „Zu meiner Zeit“ erschienen 1996 und sein Buch zu Willy Brandts 100. Geburtstag „Das musst du erzählen“: Erinnerungen an Willy Brandt“ wurden Bestseller.⁴⁰ 1997 gründete er mit Günter Grass den „Willy-Brandt-Kreis“, einen Zirkel von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Politikern, der sich mit Fragen des friedlichen Zusammenlebens der Völker und des sozialen und gerechten innerstaatlichen Zusammenlebens in Deutschland beschäftigt. Der Kontakt zum IFSH blieb erhalten, so kam Egon Bahr zum 40. Geburtstag des IFSH 2011 zum Festakt in die Staatsbibliothek. Er trat für eine selbstbewusste deutsche und europäische Politik ein und kritisierte, dass die NATO von „einem Instrument der Bewahrung unserer Freiheit zu einem Instrument im Interesse der hegemonialen Strategie der Vereinigten Staaten geworden ist.“⁴¹

Er forderte zwei Debatten ein: „Die eine über eine transatlantische Partnerschaft, die auf Respekt vor unterschiedlichen Interessen und Verantwortungen beruht und nicht auf Unterordnung; und eine andere über Abrüstung, ein Begriff, der seit acht Jahren von der Tagesordnung internationaler Konferenzen verschwunden ist.“ Er war auch die treibende Kraft hinter der Erklärung von Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher und eben Egon Bahr aus dem Januar 2009, in der sich dieses Vierergespinn für eine atomwaffenfreie Welt stark machte und eine drastische Verringerung der Atomwaffenarsenale sowie den Abzug der taktischen Atomwaffen aus Deutschland forderte. Der letzte Artikel zusammen mit dem IFSH, der vor der Gefahr einer neuen Nachrüstungsdebatte warnt, erschien im Februar 2015 in der Zeitschrift *Survival*.⁴² Bis ins hohe Alter von 93 Jahren war Egon Bahr jeden Tag in seinem Büro anzutreffen und hielt unermüdlich Reden über die Notwendigkeit, Russland in die europäische Sicherheitsarchitektur einzugliedern. Im Juli 2015 rief er nach einem Treffen mit Michael Gorbatschow zur pragmatischen Annäherung an Russland auf und forderte eine schnellstmögliche Beendigung der Sanktionen.⁴³

Während eines seiner letzten öffentlichen Auftritte bei den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Russell-Einstein-Manifests, organisiert von der deutschen Pugwash-Gruppe am 9. Juli 2015 in Berlin, hielt der dreiundneunzigjährige Egon Bahr 30 Minuten stehend eine Rede, die das Publikum faszinierte. Ausgehend von der Idee der Gemeinsamen Sicherheit, „Sicherheit voreinander muss durch Sicherheit miteinander ersetzt werden“ und der Notwendigkeit weiterer Abrüstung schloss er mit dem Appell „gemeinsame Sicherheit“ auch für die digitale Welt zu schaffen.⁴⁴

Die *New York Times* stellte am 21. August 2015 in einem Nachruf fest, Egon Bahr habe die Grundlagen für die deutsche Vereinigung gelegt und *Le Monde* schrieb unter der Überschrift „L’artisan de l’Ostpolitik“ dieser „kleine Mann mit den listigen Augen“ sei bis zum Schluss bei den politischen Debatten aktiv geblieben. Außenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnete ihn in seiner Trauerrede am 7. September als den „Stellwerker, der die Weichen gestellt hat in unserer wiedervereinten, friedlichen, europäisch geeinten deutschen Gegenwart“. Angesichts so mancher Häme und Angriffe, die Egon Bahr über sich ergehen lassen musste, haben sich diesem Urteil die meisten Zeitgenossen angeschlossen. Helmut Schmidt sagte der *Bild-Zeitung*: „Für Egon Bahr war Friedenspolitik ein Herzensanliegen, für das er unermüdlich im Einsatz war (...) Egon Bahr wird der deutschen Außenpolitik fehlen. Und mir persönlich auch“. – Wir fügen hinzu: „dem IFSH und Hamburg auch“.

40 Egon Bahr: „Das musst du erzählen“: Erinnerungen an Willy Brandt, 2013.

41 Rede von Egon Bahr zum Göttinger Friedenspreis am 1. März 2008, unter: <http://www.newsdesk.uni-goettingen.de/wp-content/uploads/2012/12/Rede-des-Preistr%C3%A4gers46.pdf>.

42 Egon Bahr/Götz Neuneck: Against Renuclearising Europe in: Forum: NATO and Russia, *Survival* Vol. 57 (2), 2015, S. 130-139.

43 Siehe dazu die von Egon Bahr initiierte Erklärung des Willy-Brandt-Kreises: Zum bedrohten Frieden: Für einen neuen europäischen Umgang mit der Ukraine-Krise 21. Juli 2015 http://www.willy-brandt-kreis.de/pdf_15/zum-bedrohten-frieden_erklaerung-wbk-2015-07.pdf.

44 Der Vortrag ist abgedruckt in *Weltrends – Das Außenpolitische Journal*, August/September 2015 (Nr. 106-107).